

KOTANKOS CORNER
VON CHRISTOPH KOTANKO



„Corona trifft Arme stärker. Ungleich verteilte Risiken schaffen eine Empörung, auf die die Politik keine Antwort hat.“

Wohin mit der Wut? Kritiker der Maßnahmen zwischen den Fronten

Widerstand: Rechtsextremisten versuchen, die Corona-Demos zu kapern. Doch die große Mehrheit der Demonstranten hat zulässige, verständliche Anliegen. Wer hört ihnen zu?

Es klingt sehr einfach – doch ist es so? Kanzler Sebastian Kurz ist von „Sieg-Heil-Rufen“ bei den Demos „angewidert“; die VP fordert den Abgang von Herbert Kickl (FP), den sie selbst 2017 zum Innenminister machte. Gesichert ist, dass Rechtsradikale und Pfler mit der Formel „Kurz muss weg!“ versuchen, die Kundgebungen gegen die Regierungsmaßnahmen zu kapern. Unter den 10.000 Teilnehmern der jüngsten Demo waren rund tausend Rechtsextreme. Aber was ist mit den anderen 9000?



Kundgebung gegen Corona-Maßnahmen in Wien: Politisches Geschäft mit Ängsten, aber auch berechtigte Kritik Fotos: APA

„Man marschiert nicht mit Radikalen“ ist eine ungenügende Antwort für Menschen, die zulässige Anliegen haben: Mütter, die am Homeschooling in der Kleinwohnung verzweifeln; bankrotte Kleinunternehmer; Kellner, die monatelang kein Trinkgeld kriegen; Jugendliche ohne Perspektive; rechtskundige Kritiker der Ausgangssperren oder Ärzte, die von PCR-Tests nichts halten.

Ja, die außerparlamentarische Opposition tut sich schwer mit der Abgrenzung vom Rechtsaußenrand. Gleichwohl ist die Legitimität ihrer Anliegen nicht zu bestreiten, nachdem auch der Verfassungsdienst im Kanzleramt, die Wirtschaftskammer, der ÖGB, Länder-Experten und Uniprofessoren Zweifel an den Verordnungen Rudi Anschobers äußern.

Schlammcatchen mit Kickl

Die Reaktion der Politiker ist mangelhaft. Die Regierung und ihre Parteiangestellten betreiben das Schlammcatchen mit Kickl. Der Frage nach den Motiven der Mehrheit der Demonstranten weicht man aus. Ihre berechtigten Anliegen werden wenig gehört und nicht angemessen diskutiert.

Im Vordergrund stehen polizeiliche Maßnahmen – wobei jedem Insider klar ist, dass diese Strategie nicht unbegrenzt fortzuführen ist: Bei 10.000 Demonstranten kommt man mit 3000 Polizisten gerade noch durch, dauerhaft ist Repression keine Lösung.

Die Politik wird sich der schwierigen Aufgabe stellen müssen, seriöse Bürgeranliegen anzuhören und hinreichend zu diskutieren – nicht nur mit ein paar Journalisten bei einer Pressekonferenz oder fünf Minuten im TV-Studio.

Wie hätten große Politiker reagiert? „Bruno Kreisky hätte endlos mit den Leuten geredet“, sagt Alfred Reiter, Kreiskys ehemaliger Kabinettschef. „Er hätte viel zugehört und im ganzen Land seinen Kurs erklärt. So kann man enorm viel Zündstoff herausnehmen.“

Wenn unter Corona-Bedingungen die Skiflote, bald auch die Gastgärten offen sind, sollten Bürgergespräche möglich sein. „Town-Hall-Meeting“ heißt in den USA ein solches Gesprächsformat.

Dort können Sachverhalte erörtert werden, die wenig Beachtung finden, etwa die ungleiche Verteilung der Corona-Risiken: Arme sind weit stärker betroffen als Reiche.

Da ist die Politik rechen-schaftspflichtig.

STIMMEN ZUR STIMMUNG: MÄSSIGUNG UND EskALATION



„Kickl soll seine Worte mäßigen. Doch wir sind gegen Demo-Verbote, denn sie schüren die Wut der Menschen noch weiter und führen nur zur Eskalation.“

Beate Meinl-Reisinger, Obfrau der Neos



„Alle sind der Situation mehr als überdrüssig. Unruhigstifter nutzen die Stimmung aus.“

Franz Ruf, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit

„Nein zur Kriminalisierung verzweifelter Menschen, die protestieren.“

Norbert Hofer, FP-Obmann, ist gegen pauschale Verurteilung



Unter dem Lockdown litten vor allem leistungsschwache Schüler

Erste repräsentative Elternumfrage der JKU: 52 Prozent lehnen Schulschließungen ab, schlechte Noten für die Politik

LINZ. Wie sehr belastete der dritte Lockdown – von 7. Februar bis zu den Semesterferien galt ab der Sekundarstufe Fernunterricht – Schüler und Eltern? Eine erste österreichweit repräsentative Umfrage (3450 Befragte) der Linzer Kepler-Universität (JKU) unter Eltern von Sechsbis- bis 20-Jährigen zeigt eindeutige Ergebnisse. „Uns war wichtig, dass wir ein Bild der Gesamtsituation der betroffenen Familien erhalten“, sagt Christoph Helm, Leiter der Abteilung für Bildungsforschung der JKU. Rund die Hälfte der Eltern gab an, mit ihren Kräften

am Limit zu sein, kaum noch Zeit für sich selbst zu haben und die erneuten Schulschließungen als große psychische Belastung wahrzunehmen. Rund vier von zehn Eltern stritten häufiger als sonst mit ihren Kindern. Ein Drittel der Kinder war während der Schulschließungen insgesamt überfordert. Durch alle Ergebnisse zieht sich auch: Leistungsschwächere Kinder hatten mehr Nachteile durch die Schulschließungen. Das zeigte sich ebenso bei der Frage nach der hohen psychischen Belastung (traf bei 56 Prozent der leistungsschwä-

cheren Kinder zu) als auch beim Lernen. 72 Prozent der Eltern leistungsschwächerer Schüler stimmten der Aussage „Mein Kind lernt weniger als sonst in der Schule“ zu. Unter allen Eltern war es mit 58 Prozent aber ebenfalls eine deutliche Mehrheit. 47 Prozent aller Eltern gaben zudem an, dass ihr Kind nicht gern im Fernunterricht lerne. Etwa ein Viertel der Eltern schätzte die Qualität des Fernunterrichts während der Schulschließungen im Jänner als (eher) hoch ein, fast jeder dritte Elternteil (30 Prozent) als (eher) niedrig. Für acht



Schulschließungen im Jänner Foto: APA

von zehn Kindern ist der fehlende soziale Kontakt die größte Herausforderung im Lockdown.

Eine Mehrheit der Eltern steht den Schulschließungen im dritten Lockdown negativ gegenüber: 52 Prozent bei allen Eltern und 59 Prozent bei den Eltern leistungsschwächerer Kinder. Es besteht der Wunsch nach gezielter Förderung und Betreuung benachteiligter Zielgruppen.

Keine gute Noten erhält die Bildungspolitik für ihren Umgang mit der Krise: nach Schulnoten im Durchschnitt „genügend“. (bock)



Haimbuchner, Steinkellner (vowe)

Haimbuchner und Steinkellner positiv getestet

LINZ. 108 Corona-Schnelltests wurden vor der gestrigen Landtagssitzung bei Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Mitarbeitern der Klubs durchgeführt – es gab zwei positive Fälle: Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner (FP) und einen Mitarbeiter des FP-Klubs. Steinkellner begab sich umgehend in Quarantäne. Ein sehr schnell gemachter PCR-Test bestätigte das Ergebnis. Laut Angaben der FPÖ sind beide symptomlos.

Am Nachmittag wurde mitgeteilt, dass auch Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner (FP) positiv getestet wurde. Er hatte sich bereits wegen Steinkellners Ergebnis in Selbstisolation begeben. Haimbuchner sei wohlauf und zeige keine typischen Symptome.

Vor gut einer Woche war FP-Klubdirektor Ferdinand Watschinger positiv getestet worden. Er hatte Symptome, ist aber auf dem Weg der Besserung. Von der FPÖ heißt es auf Anfrage, dass man die Corona-Vorsichtsprüfen in Regierungs- und Klubbüros strikt einhalte. So sei etwa so gut wie ausgeschlossen, dass sich der Klub-Mitarbeiter beim Direktor angesteckt habe.

Wirbel um fehlende Info an Klubs

Aufregung verursacht die Infektion des VP-Abgeordneten Wolfgang Hattmannsdorfer, der am Freitag positiv getestet wurde. Er informierte Landtagspräsident Wolfgang Staneck (VP) und den schwarzen Klub über das Schnelltestergebnis. Doch die Klubs der anderen Parteien erfuhr es erst Tage später, was zu Kritik führt. Am Donnerstag vor dem Test war Hattmannsdorfer in einem Unteraus-schuss gewesen – unter Einhaltung der Schutzregeln, wie er betont.

Nicht gleich zu informieren, „das geht auf meine Kappe“, sagte Staneck gestern. Als Reaktion wurde in der Präsidiale eine exakte Vorgehensweise festgeschrieben, wie vorzugehen ist. Eine Vereinbarung aus dem Oktober sei zu allgemein gewesen, so Staneck. In Krisen des politischen Mitbewerbs wird moniert, dass der Vermerk vom Herbst klar genug gewesen sei. (az)